

Information für Pensionierte August 2023

Sektor 1 und syndicom allgemein.

Nach 18 Monaten Verhandlungen liegt ein Resultat vor: Die Zustellbranche erhält endlich einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Vom neuen GAV profitieren etwa 40'000 Menschen in der Schweiz. Es ist somit der grösste Gesamtarbeitsvertrag, der je von syndicom ausgehandelt wurde. syndicom und die Arbeitgeberverbände haben rund eineinhalb Jahre um den Vertrag gerungen. Als nächstes steht die Erklärung zur Allgemeinverbindlichkeit an. Der entsprechende Antrag soll noch dieses Jahr beim SECO eingereicht werden.

Die Arbeitsbedingungen in der Zustellung und Sortierung sind prekär geworden seit der Liberalisierung des Postmarktes. Es herrscht ein Preiskampf, bei dem sich Unternehmen und deren Subunternehmen bei den Preisen gegenseitig unterbieten. Die Folge davon ist ein genereller Lohndruck und ein immer tieferes Lohnniveau. Dazu kommen überlange Arbeitstage und eng getaktete, teilweise von Algorithmen berechnete Zustellrouten. Damit ist nun Schluss: Trotz oft zähen Verhandlungen ist syndicom hartnäckig geblieben und froh, einen Gesamtarbeitsvertrag präsentieren zu können, der allen Angestellten in der Zustell- und Sortierbranche zugutekommt. «Wir ziehen damit einen Boden in einen bislang in vielen Teilen unregulierten Markt.» David Roth, Zentralsekretär von syndicom.

Matteo Antonini, Präsident bei syndicom, zeigt sich erfreut über den Verhandlungsabschluss: «In einer bisher nicht regulierten Branche ist es uns gelungen, einen Mindeststandard zu setzen, der von den Arbeitgebenden nach der in Kraft treten der Allgemeinverbindlichkeit eingehalten werden muss. Mit der im GAV festgehaltenen Einsetzung von paritätischen Kontrollen haben wir die Möglichkeit, dass die Einhaltung der GAV-Regelungen kontrolliert werden.»

Nach dem Verhandlungsabschluss folgt nun der Ratifizierungsprozess und die Eingabe beim SECO zur Allgemeinverbindlichkeit. Das Ziel ist, dass spätestens in der zweiten Jahreshälfte 2024 der neue GAV-Zustellung allgemeinverbindlich erklärt ist und per Datum der Allgemeinverbindlicherklärung in Kraft tritt

Auf Antrag der Sektion Bern hat der Finanzausschuss des Zentralvorstandes sich eingehend mit dem Sektionsausgleichsfond (SAF) beschäftigt. Der SAF übernimmt die Finanzierung einiger Aufgaben der Sektionen, wie die Beiträge an den kantonalen Gewerkschaftsbund. Die Diskussion ist damit noch nicht abgeschlossen. Der Finanzausschuss sieht verschiedene Möglichkeiten der Weiterentwicklung, die weiterdiskutiert werden.

Neue Adresse für Mitteilungen für den Standpunkt:

stand.sektionbs@bluewin.ch

Sektor 2 ITC

In der Contact- und Callcenter-Branche, bei cablex sowie bei MS Direct laufen Verhandlungen zur Weiterentwicklung der jeweiligen GAVs, die vermutlich im Herbst abgeschlossen sein werden.

Zudem wurde der Flugsicherungsverband HelvetiCa in den SGB aufgenommen. Das sind gute News, sie bedeutet für uns als Gewerkschaft des technischen Personals bei Skyguide zukünftige Kooperationsmöglichkeiten.

Sektor 3 Medien

Die Verhandlungen über die Revision des GAV-Buchhandel sind abgeschlossen, der voraussichtlich dem nächsten ZV zur Ratifizierung vorgelegt wird. Einige Highlights: Mehr Ferien für alle, die Lernenden sind dem GAV unterstellt, die 40-Stunden-Woche konnte verteidigt werden.

Das Zwischenergebnis der Verhandlungen des Presse-GAV wurden der Basis mit einer Befragung vorgelegt. Die Befragten wollen Nachbesserungen, insbesondere bei den Löhnen und Honoraren der regelmässigen freien Mitarbeitenden. Bislang blockieren die Verleger bei diesem Thema.

Das Leistungsschutzrecht ist seit Kurzem in Vernehmlassung. Es geht darum, dass Plattformen wie Google den Verlagen eine Entschädigung abliefern sollen, wenn sie Textausschnitte veröffentlichen. Fraglich ist, ob es denjenigen, die es am meisten brauchen zugutekommt; den Medienschaffenden selber und den kleinen und mittleren Verlagen. syndicom bleibt kritisch.

Pensionierte

175 Jahre Post: Die Aktiven haben einen Brief von der Post erhalten. Darin lag ein PIN mit dem Logo der Post. Ebenfalls beigelegt war die Einladung an eine Veranstaltung mit Konzert. Die Post finanziert diesen Anlass mit Geld aus dem Budgetposten «Personalanlässe». Zähneknirschend stellt der Vorstand der Pensionierten fest, dass die Konzernleitung der Post leider wieder einmal die Pensionierten vergisst.

Die Sektion Freiburg stellte einen Antrag. Zusätzliche 3% Rabatt auf REKA-Checks für Pensionierte. Der Antrag führt zu einer Ungleichbehandlung von syndicom-Mitgliedern. Der ZV lehnt diesen Antrag einstimmig ab. Hans Preisig, Franz Baumann und Bruno Weideli sprechen sich ebenfalls für die Ablehnung aus. Der Vorstand der Pensionierten wird den Antrag einstimmig ablehnen.

Am 31. Mai fand eine Schulung zum Thema Web bei den Pensionierten mit 10 Teilnehmenden statt. - Nächster Schritt: regionale Teams D und F werden verstärkt.

Politik allgemein

2024 stimmen wir sowohl über eine 13. AHV-Monatsrente als auch über den Rentenklau ab, der mit der BVG21 Reform umgesetzt werden soll. So darf und kann es nicht weitergehen. Aus diesem Grund organisiert der SGB mit seinen Branchengewerkschaften und Partnerverbänden am Samstag, 16. September eine grosse Kaufkraft-Demonstration in Bern. syndicom ist natürlich mit dabei. Möglichst zahlreich wollen wir mit einem starken visuellen Auftritt unsere Forderungen kundtun.

Die Teuerung, die steigenden Mieten sowie die höheren Krankenkassenprämien treffen RentnerInnen mit voller Wucht. Wenn die Renten nicht rasch steigen, verlieren sie bis Ende 2024 eine ganze Monatsrente an Kaufkraft. Doch anstatt die immer grösser klaffende Rentenlücke zu schliessen, wollen die Arbeitgeber, die Banken und ihre Lobbyisten im Parlament das Problem sogar noch verschärfen: mit

Rentenalter 67 und einer weiteren Senkung der Pensionskassen-Renten! Diese Politik gegen die Bevölkerung muss gestoppt werden. Mit Druck von der Strasse und an der Urne. Die kommenden Monate werden entscheiden: Gelingt uns ein kleiner, aber wichtiger Schritt Richtung sozialere Altersvorsorge mit einer 13. AHV-Rente oder setzen sich die gefährlichen Angriffe auf unsere Renten durch? Die Banken und Arbeitgeber drohen mit Rentenalter 67 und einem weiteren Abbau der Pensionskassen-Renten und werden keinen Aufwand scheuen, dies durchzusetzen. Klar ist bereits: alle drei Vorlagen kommen im März und Juni 2024 zur Abstimmung.

Die Verfassung hält seit über 50 Jahren deutlich fest: nach einem langen Erwerbsleben muss man von der Rente anständig leben können. Doch das Parlament verzichtete diesen Frühling sogar auf einen vollen Teuerungsausgleich bei der AHV. Dabei sind die AHV-Renten jetzt schon zu tief, und verlieren immer mehr an Wert. Gemessen am Durchschnittslohn haben RentnerInnen heute bereits 500 Franken weniger im Portemonnaie als 1975. In den letzten Jahren sind ausserdem auch die Pensionskassenrenten stark gesunken, obwohl wir immer mehr einbezahlen. Im Gegensatz zur privaten Vorsorge ist die AHV solide und verlässlich. Die seit Jahrzehnten prognostizierten Milliardendefizite in der AHV sind bisher nicht eingetroffen. Die AHV schloss letztes Jahr mit einem Umlageergebnis von plus rund 1.6 Milliarden Franken ab. Sie hat heute ein Vermögen von fast 50 Milliarden Franken, und dieses wird in den nächsten 5 Jahren noch zunehmen.

Gleichzeitig ist klar: je höher das Einkommen, desto höher ist in der Regel auch die Lebenserwartung. Wer weniger verdient oder eine weniger gute Ausbildung hat, lebt eindeutig weniger lang. Und auch um die Gesundheit steht es weniger gut: In den Jahren, die diesen Menschen im Alter bleiben, sind sie häufiger krank. Wenn das allgemeine Rentenalter steigt, bleibt den Menschen, die es bereits im Erwerbsleben schwierig haben, immer weniger Zeit im verdienten Ruhestand.

Die Jungfreisinnigen behaupten, ihre Initiative entlaste die Jungen. Dabei funktioniert gerade für die Jungen die AHV: Gäbe es keine AHV, müssten Familien bis zu 400'000 Franken mehr bezahlen, um sich eine gleich hohe Rente privat anzusparen. Die Rechnung ist einfach: Für 92 Prozent der Arbeitnehmenden lohnt sich eine starke AHV, nur die 8 Prozent der Topverdienenden bezahlen mehr als sie erhalten. Im aktuellen Umfeld mit steigenden Preisen, Mieten und Krankenkassenprämien wird ein Ausbau der AHV unvermeidbar. Nur so kann die Kaufkraft der heutigen und der zukünftigen RentnerInnen gehalten werden. Der SGB setzt sich deshalb für die Einführung einer 13. AHV-Rente ein.

Die 13. AHV-Rente ist auch wichtig für die noch im Berufsleben stehenden Personen. Einerseits wegen den sinkendem Umwandlungssatz bei der 2. Säule. Andererseits, bei der AHV können wir politisch mitreden, in der 2. Säule sind wir auf Gedeih und Verderben den Börsen und Aktienmärkten ausgeliefert. Es darf auf keinen Fall passieren, dass die Generationen gegen Einander ausgespielt werden.

Hans Preisig